## In der EU CO2-Zertifikate aufkaufen statt deutsche Kraftwerke abschalten?

Verschiedene Journalisten arbeiten sich gerade in ihren Medien und auf Twitter an den Ergebnissen der Kohlekommission bezüglich Kosten und Methode ab. Ähnliche Argumente brachten FDP, Union und in Teilen auch AfD letzte Sitzungswoche massiv im Bundestag vor (Wirtschaftsausschuss, Aktuelle Stunde).

Die neuen Hauptargumente dieser Gruppe, um die es mir hier geht, und die zu demontieren wären:

- Würde die Bundesregierung statt diesem "teuren Ausstieg" CO2-Emissionsberechtigungen aus dem Europäischen Emissionshandelssystem (ETS) in Höhe der Anlagenemissionen aufkaufen und diese bunkern/stilllegen, würde das bei gleichem Klimaschutzeffekt deutlich billiger sein, als die vereinbarten Anlagenstilllegungen mit all ihren Finanzierungsströmen zum Strukturwandel.
- Der vereinbarte Ausstiegspfad sei klimapolitisch sinnlos, wegen des so genannten Wasserbetteffekts mit dem EU-Ausland, zumindest bis 2020/2022, wo erstmals die im Abschlussbericht der Kohlekommission empfohlenen Löschungen von Zertifikaten (im Umfang der Emissionen der zusätzlich stillgelegten Anlagen) möglich bzw. wirksam wären. Die Theorie vom "Wasserbett" unterstellt, dass jene Emissionsrechte, welche frei werden infolge von Kraftwerksstilllegungen, die zusätzlich zum Emissionshandels-Reduktionspfad "politisch" erfolgen, bei einem konstanten Cap von verbleibenden Anlagen in Europa zusätzlich genutzt werden (auch weil die CO2-Preise infolge der zusätzlich verfügbaren Zertifikate fallen). Im Ergebnis wäre der teuer erkaufte Klimaschutzeffekt netto null.

Was wäre dazu zu sagen (verbessert mich):

Vorab: Ich möchte im Folgenden ausschließlich Argumente gegen diese Einwände vorschlagen, keinesfalls aber im Grundsatz das Ergebnis des Abschlussberichtes in seinen Details verteidigen. Meine kritische Position dazu wurde in diesem Blog bereits veröffentlicht. Nun zu den Gegenargumenten:

 Bis 2030 müssen laut Klimaschutzplan 2050 und Abschlussbericht der Kohlekommission die THG-Emissionen im Energiesektor um 150 Mio. t CO2äqu. sinken. Würde man - an Stelle von Anlagenstilllegungen - eine entsprechende Menge an CO2-Zertifikaten aus dem EU-Emissionshandelssystem kaufen, so müsste man im ersten Jahr die Zertifikats-Menge adäquat der Emissionen der ersten ansonsten stillzulegenden Anlagen kaufen, und in den Folgenjahren erneut diese Menge

- plus jeweils jene zusätzlichen Zertifikatsmengen, die aus jeweils aus neuen Abschaltungen entsprechend des Reduktionspfades resultierten. Diese kumulative Aufsummierung wäre für jede Anlage solange vorzunehmen, bis sie aus irgendeinem Grund aus dem Markt geht.
- In Summe hätte man dann allerdings lediglich RECHNERISCH den verhinderten deutschen Kohle-Ausstieg in einer CO2-Bilanz kompensiert. Denn real haben wir noch bis Mitte der 20er Jahre europaweit einen Milliarden-Überschuss an ungenutzten CO2-Emissionsrechten aus der letzten Handelsperiode, der entsprechend der jüngsten ETS-RL-Novelle über einen komplizierten Mechanismus erst schrittweise abgebaut werden soll. Darum hätte das Rauskaufen à la FDP real keinerlei Klimaschutzwirkung. So würden etwa Polen oder Griechenland ihre Kohlekraftwerke nicht deshalb etwas runterfahren, weil von den 2,5 Mrd. Überschüssen ungenutzter Emissionsrechte am Markt jedes Jahr ein paar ein paar Millionen infolge des deutschen Aufkaufprogramms verschwinden. Die Verknappung wäre längst keine Knappheit im Sinne eines funktionierenden Marktes. Die Mengen- und Preiswirkung wäre marginal, sie hätten folglich kaum Auswirkung auf die Großhandelspreise für Strom und damit auf die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke am Strommarkt (merit oder).
- Weil eben keine Knappheit herrscht am Zertifikate-Markt (wofür die Parteien der gleichen Damen und Herrn seinerzeit agiert haben) hat dieser Markt, wie eben festgestellt, derzeit keine relevante klimapolitische Lenkungswirkung – zumindest noch mittelfristig. Genau aus diesem Grund ist er umgekehrt aber auch solange unempfindlich gegen jede Form des "Wasserbetteffekts", zumindest bis irgendwann Knappheit am Markt herrscht. Tatsächlich setzen Kraftwerks-Stilllegungen in Deutschland Zertifikate frei, weil der Bundesrepublik jedes Jahr rund 20 Prozent des zuvor vereinbarten EU-Budgets zur Versteigerung/Zuteilung überlassen wird, und zwar unabhängig von politischen Anlagenstilllegungen über den ETS-Minderungspfad hinaus. Die somit freiwerdenden Zertifikate führen aber aus der eben erläuterten Logik zumindest bis Mitte der 20er Jahre nicht zu zusätzlichen Emissionen im übrigen ETS-Gebiet, etwa im Ausland. Um im Bild zu bleiben, werden polnische Anlagenbetreiber ihre Kohlekraftwerke nicht hochfahren, bloß weil sich das existierende riesige Gebirge von ungenutzten Emissionsberichtigungen ein paar Meter erhöht. Und eben darum ist jede ordnungsrechtliche Anlagen-Stilllegung im fraglichen Zeitraum auch unter Berücksichtigung der ETS-Wechselwirkungen ZUSÄTZLICHER Klimaschutz im Gegensatz zum FDP-Aufkauf-Konzept.
- Spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem irgendwann echte Knappheit am elenden Zertifikatsmarkt herrschen sollte, müsste von Deutschland tatsächlich auch die Möglichkeit genutzt werden, für die stillzulegenden Meiler gleichzeitig die freiwerdenden Zertifikate von der Versteigerungsmenge einzubehalten (kann man natürlich schon vorher machen, kostet aber Geld - wegen entgangener Versteigerungserlöse - ohne zusätzliche Klimaschutzwirkung). Da die Überschüsse über den neuen Mechanismus ohnehin in mehreren Schritten Großteils gelöscht werden, und die zusätzlichen deutschen Mengen

- erst einmal unschädlich sind, wie erläutert, könnte man zunächst vielleicht auch auf den Löschungs-Mechanismus warten.
- Ein Großteil der Milliarden für den Kohleausstieg würden auch bei einem Ausstieg über einen hochgezogenen CO2-Preis als einziges Klimaschutzinstrument (wie es Marktradikale wünschen) anfallen, insbesondere der Bedarf an Strukturwandel-Mitteln wäre kaum geringer jedenfalls sofern man den Strukturwandel sozial und regional abfedern wollte. An dieser Stelle wäre die liberale Kalkulation also ebenfalls eine Milchmädchenrechnung. An den Entschädigungen für Kraftwerksbetreiber könnte man natürlich tatsächlich sparen – die werden aber von FDP & Co mit Sicherheit verteidigt.
- Erkennt man an, dass Deutschland eigene nationale Klimaschutzziele hat, so ist das FDP-Konzept doppelt Unsinn: Wollte man den deutschen Klimaschutz nach gelblauer-Art betreiben also EUAs am Markt aufkaufen statt Kraftwerke stilllegen müssten weit mehr EUAs aufgekauft werden, als die oben skizierte Menge. Man müsste bis Ende der 30er Jahre europaweit den EUA-Preis soweit hochtreiben, dass er mindestens den Wechselpreis von neueren Braunkohlekraftwerken zu Gaskraftwerken erreicht, also auf 60-80 Euro/t (je nach Brennstoffpreisen und Emissionsentwicklung). Viel Spaß dabei, in dieser Preisspanne dann hunderte Millionen Zertifikate zu ordern!
- Allerdings meinen dieselben Leute ja ohnehin, die deutschen Klimaschutzziele im Stromsektor machten keinen Sinn, weil wir schließlich das tolle ETS haben. Wenn eine CO2-Minderungsmaßnahme eben woanders billiger zu haben sei, dann solle sie eben dort stattfinden ... Hier ist m.E. das wichtigste Argument, dass Deutschland zu den wenigen industrialisierten Ländern in der Welt gehört, die in der Lage sind, der Welt vorzumachen, wie eine Wirtschaft auf komplett regenerativer Basis funktionieren kann. Also mit allen Elementen: EE-Erzeugungsanlagen, Netze, Speicher, DSM, Sektorkopplung etc. Dies wäre aber nicht möglich, wollte man auf das ETS warten. Denn dummerweise hat der liebe Gott Deutschland die saudreckige, aber eben betriebswirtschaftlich saubillige Braunkohle unter die Fußsohlen gepackt. Marktgetrieben würde die Braunkohle in Europa wohl zuallerletzt verschwinden.

Auch darum: Einstieg in den Kohleausstieg jetzt! Und zwar mit Schmackes!